

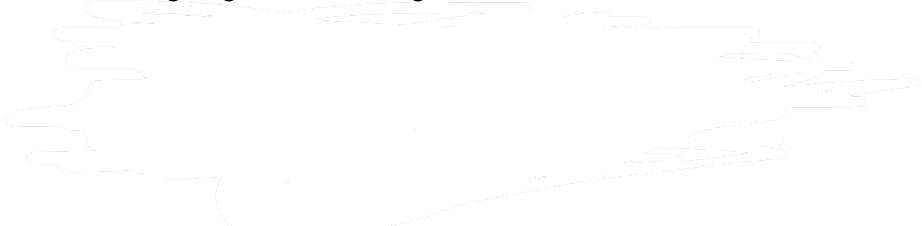
Hochschule Merseburg – University of Applied Sciences  
FB Soziale Arbeit. Medien. Kultur

**Öcalan und Rojava – Eine Renaissance des Rätekommunismus?  
Zwei Theorien im Vergleich**

**Öcalan and Rojava – A Renaissance of the council communism?  
Two theories in comparison**

Bachelorarbeit im Studiengang Kultur- und Medienpädagogik

vorgelegt von: Henning Richard Bertram



Erstgutachter: Prof. Dr. jur. Erich Menting

Zweitgutachterin: Prof. Dr. phil. habil. Gundula Barsch

Abgabedatum: 09.08.2023

## Abstract

Seit 2012 gibt es im Nordosten Syriens (Rojava) Bestrebungen, eine Art demokratisches Rätssystem zu etablieren, welche auf den Ideen des PKK-Gründers Abdullah Öcalan fußen. Aufgrund des anti-autoritären Tenors Öcalans sowie der in Rojava aufgebauten Föderationen sehe ich eine gewisse Parallele zum historischen Rätekommunismus der 20er-30er Jahre. In meiner BA möchte ich in einem Vergleich der Frage nachgehen, inwiefern Öcalan und Rojava sich mit den Programmatiken bekannterer Rätekommunisten wie der "Gruppe Internationale Kommunisten" gleichen und ob der Rätekommunismus somit eine Renaissance erfährt.

## In english

Since 2012 there have been tendencies towards building a council-like system in the northern-east of Syria (Rojava) that are based on the theoretical works of Abdullah Öcalan. Because of the anti-authoritarian tenor of Öcalans thoughts and the policies in Rojava I see certain similarities to the historic council-communism during 1920s and 30s. In my bachelor thesis I want to compare the ideas of Rojava and Öcalan with the program of the well known council communists like "group international communists". I want to explore of whether Rojava is just a renaissance of council-communism.

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Rojava.....	4
Kurzer Überblick über die Entstehungsgeschichte Rojavas.....	4
3. Die politischen Ideen Abdullah Öcalans.....	6
3.1 Der historische Hintergrund Öcalans Theorie.....	6
3.2 Gesellschaftsmodell: Demokratie, Frauenbefreiung und die Strategie der Rose.....	9
3.3 Wirtschaftsmodell: Kommunalisierung, Kooperation und soziale Ökologie.....	14
4. Rätekommunismus.....	18
4.1 Historischer Hintergrund des Rätekommunismus.....	18
4.2 Gesellschaftsmodell: Räte, Antiautoritarismus und Antibolschewismus.....	22
4.3 Wirtschaftsmodell: Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung.....	28
5. Fazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	31
Abkürzungsverzeichnis.....	36
Literaturverzeichnis.....	38
Eidesstattliche Erklärung.....	40

## 1. Einleitung

Rojava, eine Region im Nordosten Syrien, hat in über zehn Jahren des Bestehens viel durchmachen müssen. Entsprungen aus dem arabischen Frühling und zügig in einen darauffolgenden Bürgerkrieg verwickelt, trotz es nicht nur der permanenten Bedrohung seitens Assads, der aggressiven Außenpolitik Erdogans und den verbliebenen Teilen des Islamischen Staates, sondern bildet einen weitgehend positiven Bezugspunkt der politischen Linken weltweit. Dies ist unmittelbar verknüpft mit der Erfolgserzählung einer seit 2012 in Rojava anhaltenden sogenannten Revolution, die die Möglichkeit zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Umstrukturierung nach demokratischem Maßstab eröffnete. In diesem Zusammenhang kommt Abdullah Öcalan eine wesentliche Bedeutung zu; ist doch die selbsternannte „Gesellschaft der Demokratischen Föderation Nordsyrien“ nach dem Modell des „Demokratischen Konföderalismus“ und weiteren Prinzipien des in der Türkei inhaftierten und ehemaligen Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) orientiert bzw. organisiert (vgl. Perspektive Rojava/Solidaritätskomitee Münster, S. 17, 2018). Rojava hat Öcalan somit wieder zu einem aktuellen, relevanten Theoretiker für die Linke gemacht.

Die Art jedoch, wie sich Öcalan diese demokratische Gesellschaft in Form von egalitären Räten denkt und wie sie in Rojava versucht wird, praktisch umzusetzen, erinnert zu Teilen an die wesentlich älteren Ideen der historischen antiautoritären bzw. rätekommunistischen Bewegung der 20er und 30er Jahre. In der vorliegenden Arbeit möchte ich der Frage nachgehen, ob und inwiefern Öcalans Theorie am Beispiel Rojavas eine Renaissance des Rätekommunismus darstellt. Da eine aktuelle detaillierte Analyse der zivil-gesellschaftlichen Praxis in Rojava den Rahmen der Arbeit sprengen würde und viele Berichterstattungen parteiisch wie schwer zu verifizieren sind, werde ich im zweiten Kapitel zunächst nur einen kurzen historischen Überblick geben, wie es zu der Realisation von Öcalans Modell kam. Dafür werde ich vor allem den politischen Landesführer der Gruppen Perspektive Rojava/ Solidaritätskomitee Münster aufgrund seiner leicht verständlichen Einführung nutzen. Als tiefergehende Literatur dient mir hierfür das Werk

„Revolution in Rojava - Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo“ von Anja Flach, Ercan Ayboga und Michael Knapp.

Bevor sich Öcalan einer eher antiautoritären Philosophie hingab, vertrat er lange einen marxistisch-leninistischen Standpunkt. Ich halte es für wichtig, nachzuvollziehen, aus welcher Schule Öcalan ursprünglich kam und unter welchen Umständen er seinen Paradigmenwechsel vollzog, wofür ich hauptsächlich seine Verteidigungsschriften in „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ in den Blick nehmen werde.

In Rojava kommen vor allem drei Elemente zum gesellschaftlich-praktischen Ausdruck: Demokratie, Frauenbefreiung und soziale Ökologie. Die ersten beiden werde ich zusammengefasst als Gesellschaftsmodell analysieren. Da die soziale Ökologie ein nachhaltiges Wirtschaften verlangt, verbinde ich diesen Schwerpunkt mit der Untersuchung des Wirtschaftsmodells der Kommunalisierung und Kooperation. Zur Darstellung dieser theoretischen Standbeine ziehe ich in erster Linie Öcalans Primärliteratur heran, um ein direktes Verständnis zu erlangen. Das betrifft unter anderem in Bezug auf sein Gesellschaftsmodell die Schriften „Demokratische Nation“, „Demokratischer Konföderalismus“, „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ und „Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau“. Gleiches gilt für die Betrachtung der ökonomischen Seite: „Ökologische Industrie“, „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ sowie „Was ist soziale Ökologie“ von Murray Bookchin, welches Öcalan als elementare Inspirationsquelle diente. Weitere einführende Werke, die ein leichteres Verständnis zu dieser Thematik vermitteln, da sie teilweise Reiseberichte aus Rojava selbst darstellen, bilden vor allem Sekundärliteratur wie „Revolution und Kooperativen – Gedanken über meine Zeit beim Ökonomie Komitee in Rojava“ von Heval Zinar und „Make Rojava Green Again“ von der Internationalistischen Kommune Rojava.

Ähnlich wie bei der Entstehungsgeschichte Rojavas, möchte ich im vierten Kapitel zunächst erläutern, worin die historischen Wurzeln des Rätekommunismus bestehen. Eine wissenschaftliche Untersuchung dessen ist in „Rätekommunismus“ von Felix Klopotek und „Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923: ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik“ von Hans Manfred Bock zu finden. Davon ausgehend ziehe ich u.a. die Werke

„Befreiung und soziale Emanzipation: Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus“ von Roman Danyluk als auch „Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution: Räte als Organisationsformen d. Kampfes u.d. Selbstbestimmung“ von Arnold Volker zum Skizzieren der Räte als Gesellschaftsmodell heran. Da mir der explizite Antibolschewismus als ein zentrales Motiv des Rätekommunismus scheint; er sich zumindest von dem Gesellschaftsmodell der Bolschewiki abzugrenzen versucht, verknüpfe ich ihn mit der Erforschung der rätekommunistischen Vorstellung von Gesellschaft. Als historische Quellen nutze ich die Primärschriften „Lenin als Philosoph“ von Anton Pannekoek und Hermann Lueers Übersetzung der „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“. Zur konkreteren Einordnung greife ich auf Hendrik Wallats „Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik“ zurück.

Im darauf Folgenden rückt eine der bekanntesten und verhältnismäßig einflussreichsten Gruppierungen dezidierter Rätekommunisten in das Zentrum meiner Untersuchung: Die „Gruppe Internationale Kommunisten“. Diese hat in den 20er/30er Jahren des 20. Jahrhundert die ihrer Ansicht nach wichtigsten Faktoren einer kommunistischen Wirtschaft herausgestellt. Hierfür fokussiere ich mich erneut auf die „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“ von Hermann Lueer.

Ziel der Arbeit ist, einen Vergleich beider Theorien anzustellen und herauszufinden, ob und wenn ja, wie viel Rätekommunismus hinsichtlich der Ideen von Gesellschaft und Wirtschaft in den Gedankengängen Öcalan zum Tragen kommen, die Rojava wesentlich mitzeichnen.

## 2. Rojava

### Kurzer Überblick über die Entstehungsgeschichte Rojawas

Rojava ist die kurdische Bezeichnung für „Westen“ und steht somit für den westlichen Teil Kurdistans, der sich auf syrischem Territorium befindet und im Norden an die Türkei grenzt. Die Grenze zwischen den beiden Staaten wurde nach der Gründung Syriens unter französischem Protektorat zwischen 1920-1946 entlang der Bagdad-Bahnlinie gesetzt (vgl. Flach et al, 2015, S.30). Anfangs wurde der junge syrische Staat von einer städtisch-oligarchischen Schicht von Notabeln bzw. Großgrundbesitzern beherrscht. Diese pflegte einen liberalen Nationalismus, was sich 1930 in der Verfassung einer „demokratische[n] liberale[n] und westlich-orientierte[n] Republik“ (Schumann/Jud, 2013) zeigte, jedoch kaum die religiösen Traditionen wie Besitzverhältnisse anzutasten wagten (vgl. ebd.).

In den 50er und 60er Jahren formierte sich in den Universitätsstädten Damaskus und Beirut eine politisch sehr heterogene Bildungsschicht, die sich gegen die bestehende Regierung aussprach. Der von allen jungen Oppositionellen geteilte Grund zur Ablehnung der liberalen Oligarchie war zum einen die erschwerte Karriere- bzw. Aufstiegschance in den bevorzugten öffentlichen Dienst, da die meisten Posten bereits an Mitglieder der Oberschicht verteilt wurden. Zum anderen bestand eine tiefe Bindung des Staates an die französische, koloniale Mandatsmacht trotz staatlicher Souveränität ab 1946, was als unvollständigen Bruch gewertet wurde. Über die politischen Differenzen hinweg herrschte innerhalb dieser „Gegenelite“ Einigkeit über die Notwendigkeit eines Regierungssturzes und mündete im sogenannten „Kampf um Syrien“, bei dem sich auch die 1947 gegründete Baath-Partei beteiligte. Diese verfolgte das Ziel, Syrien endgültig von Frankreich zu entkolonialisieren. Nach der Selbstabschaffung des Staates 1958 und dem gescheiterten Zusammenschluss mit Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten übernahm am 8. März 1963 die Baath-Partei die Macht. Mit der Machtergreifung Hafis al-Assad 1970 und dem Inkrafttreten der Verfassung 1970 wurde Syrien nach den Vorstellungen der Baath-Partei reformiert (vgl. ebd.).

41 Jahre später brach als Folge des sogenannten Arabischen Frühlings in Syrien ein Bürgerkrieg aus. Noch während des Arabischen Frühlings nahm der sogenannte „Rat der Revolution“ sich der Planung einer demokratischen Autonomie in Syrien

an und rief, inspiriert von Öcalans Anweisung, sich politisch unabhängig vom Regime und der Opposition mit einer Partei zu organisieren, am 15.03.2011 die Revolution aus. Inmitten des tobenden Bürgerkrieges, im Juli 2012, gelang es der kurdischen Bewegung im Norden des Landes die überwiegend kurdisch geprägten Gebiete wie Afrîn, Kobanî und Cizîrê vom Baath-Regime zu befreien. Mit Hilfe der Volks- und Frauenverteidigungskräfte Yekîneyên Parastina Gel und Yekîneyên Parastina Jin, kurz YPG und YPJ, gelang es der Bevölkerung, angefangen in Kobanî, die staatlichen Institutionen, Versorgungswerke und Militärstützpunkte ohne jeglichen Widerstand der Baath-Truppen einzunehmen und zu belagern. Im Januar 2014 wurden diese Gebiete von dem sogenannten „Übergangsrat zur Bildung der Selbstverwaltung in Westkurdistan“ als demokratisch-autonome Kantone konsolidiert (vgl. Flach et al, 2015, S.30, 82ff.). Bevor im Herbst 2014 der „Islamische Staat“ seinen Angriff gegen Afrîn startete, wurden die Kantone mit ihren Dörfern und Städten durch die autonomen Selbstverteidigungskräfte der YPG/YPJ und polizeilichen Sicherheitskräfte erfolgreich verteidigt und aus dem Bürgerkriegsgeschehen rausgehalten.

Diese Phase des Friedens schaffte Raum, die Gesellschaft nach demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien aufzubauen (vgl. Perspektive Rojava/Solidaritätskomitee Münster, S. 9, 2018). Dies gelang, da die von Öcalan gegründete Arbeiterpartei Kurdistans, kurz PKK, seit den 1980er Jahren in Syrien Organisations- und Bewusstseinsarbeit geleistet hatte, die Mehrheit der Bevölkerung die Revolution begrüßte, aber auch, weil der Staat keine starken militärischen Kräfte dort stationiert hatte, die ernsthaft gegen die Umstellung hätten etwas ausrichten können. Verstärkend kam das neugewonnene kurdische Selbstbewusstsein nach Jahren der Marginalisierung unter der Baath-Partei hinzu (vgl. Flach et al, 2015, S. 81ff.).

Die Kantone begannen damit, eine schriftliche Verfassung, den sogenannten „Gesellschaftsvertrag“ herauszuarbeiten. Dieser sollte eine Garantie für grundlegende Menschenrechte, Geschlechtergleichberechtigung, Recht auf Arbeit und Wohnen, kostenlose Bildung, Gesundheitsversorgung, nachhaltigem Umgang mit der Natur sowie weitere bürgerliche Grundrechte wie Versammlungs- und Pressefreiheit sein. Er wird und wurde verstanden als eine Basis für Frieden, Demokratie und Freiheit gegen Nationalismus, Militarismus und religiösen



Fundamentalismus. Auf dem Boden dieses Vertrages bildeten die Kantone die „Demokratische Föderation Nordsyrien“. Ab 2014 stand die Region unter massiven Angriffen des Islamischen Staates, der jedoch erfolgreich mit Hilfe des US-Militärs zurückgedrängt werden konnte, was die tiefergehende Umformung der Gesellschaft ermöglichte. Die Föderation organisierte sich nach dem Modell des „Demokratischen Konföderalismus“, welcher vom inhaftierten ehemaligen PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan entworfen wurde. Es handelt sich dabei um ein nicht-staatliches Rätssystem (vgl. Perspektive Rojava/Solidaritätskomitee Münster, S. 9ff., 2018).

### 3. Die politischen Ideen Abdullah Öcalans

#### 3.1 Der historische Hintergrund Öcalans Theorie

Zur Annäherung an Öcalans politischer Ideen wie der „Demokratischen Autonomie“, welche Resultat seines persönlichen politischen Werdeganges sind und in Rojava einen Versuch der Realisation erfahren, müssen wir zu den Ursprüngen der PKK zurückkehren. Gegründet wurde die PKK 1978 in der Türkei von linken, revolutionären Kurden und Türken. Trotz der Tatsache, dass die Linke zu jener Zeit relativ stark aufgestellt war, hielten gerade viele Kurden die Gründung der PKK für richtig, da sie innerhalb der türkischen Linken häufiger ein vom Kemalismus beeinflusstes antikurdisches, chauvinistisches Ressentiment antrafen. Kemalismus ist die Gründungstheorie der Türkei und geht auf Mustafa Kemal Atatürk zurück. Zwei Jahre nach der Gründung der Partei am 12.09.1980 erfolgte nach dem Beispiel Chiles der dritte und brutalste Putsch des Militärs mit beratender Hilfe der Vereinigten Staaten. In diesem Zuge wurden linke Massenorganisationen wie Dev-Yol (Revolutionärer Weg) völlig zerschlagen und damit politisch entmachtet. Der PKK jedoch gelang es trotz einiger Inhaftierungen der Kader, mit ca. 400 Kämpfern in die von Syrien beherrschten Gebiete im Libanon zu flüchten, von wo aus 1982 mit dem Aufbau einer Guerillaorganisation begonnen wurde. Bereits 1984 übte sie die erste Guerillaaktion in der Türkei aus und wuchs mit Zehntausenden Mitglieder zu einer der stärksten Guerillaorganisationen der Welt heran. Das Baath-Regime in Syrien unterhielt ein gespaltenes Verhältnis zur PKK: Einerseits duldete es Parteilager bei Damaskus, um aus Moskau-Treue taktische Druckmittel gegen das

verfeindete NATO-Mitglied Türkei in der Hand zu haben, andererseits setzte es die Partei immenser Repression aus (vgl. Knapp et al, 2015, S. 95f.). Insofern fungierte die PKK zum Teil als Spielball während des Kalten Krieges.

Das Selbstverständnis der PKK war zunächst klar marxistisch-leninistisch ausgerichtet. Der Marxismus-Leninismus wurde ab 1924 die Staatsdoktrin der Sowjetunion, später dann auch in der DDR, und Ideologie aller kommunistischen Parteien. Bis in die 90er Jahre hinein begriff sich die PKK als antikoloniale Befreiungsbewegung mit dem Ziel eines sozialistischen, demokratisch-zentralistischen, kurdischen Staates. Die „kurdische Frage“ sollte über eine national-demokratische Revolution in Richtung Sozialismus gelöst werden, wobei von Anfang an die Partei auf kritische Distanz zum Realsozialismus ging (vgl. ebd.). In seinem Werk „Jenseits von Staat, Macht und Gewalt“ erkennt Öcalan retrospektiv die übermäßige Betonung des Selbstbestimmungsrechts der Völker als Behinderung der „kreativen Linie“ des Realsozialismus an, während die Gründungsdeklaration der PKK 1978 im Kontrast dazu stand: „Zwar war die ideologische Dimension unserer Linie weder völlig klar noch besonders tief, jedoch war sie für eine weitere Entwicklung offen [...]. Wir versuchten, Vorkehrungen gegen die Krankheit des Realverlusts zu treffen, die durch die ideologische Starre entstehen kann“ (Öcalan, 2018, S. 417f.).

Der Zusammenbruch des Realsozialismus 1991 sowie der 1993 mit der Türkei vereinbarte Waffenstillstand aufgrund militärischer Patts beider Seiten führten zu einem verstärkten Aufweichen der Marxismus-Leninismus-Dogmen (vgl. Knapp et al, 2015, S. 95f.). Öcalan erklärte sich den Kollaps durch eine fehlende Entschiedenheit der Linken:

„Den Strömungen des Sozialismus, der Sozialdemokratie und der nationalen Befreiung, die das kapitalistische System in seiner ‚wilden‘ Zeit hervorgebracht hatte, gelang es nicht, sich vom System zu lösen. Sie waren aus ihm geboren. Zweifellos wäre es unrealistisch zu behaupten, sie hätten sich absichtlich zu Steigbügelhaltern des Systems gemacht. Wir können jedoch heute getrost feststellen, dass sie nicht die Absicht hatten, die Rationalität des Systems und seine Lebensweise zu überwinden. Wo es diese Versuche dennoch gab, erschöpften sie sich meist in Phrasen und Parolen“ (Öcalan, 2018, S. 414).

So wurde die kurdische Frage bereits von einer ethnisch-nationalen auf eine neue Ebene gehoben und zu einer Frage der Befreiung der gesamten Gesellschaft und aller Menschen gemacht.

Schließlich sollte die PKK mit dem Wegfall des Ostblocks selbst in Gefahr geraten. Unter der Drohung, die Wasserzufuhr zu kappen und direkte Interventionen folgen zu lassen, setzten die USA und Türkei das syrische Regime unter Druck, die PKK-Lager aufzulösen. Auch wenn die Parteiführung sich defensiv zeigte und Öcalan sogar in Europa um Friedensverhandlungen warb, wurde er im griechischen Konsulat vom amerikanischen, israelischen und türkischen Geheimdienst verhaftet und der Türkei überführt. Das Gericht verurteilte ihn zum Tode. Dieses Urteil wurde jedoch gekippt, da sich sonst in der Türkei ein Bürgerkrieg angebahnt hätte. Öcalan versuchte den Prozess im Sinne des Friedens für sich auszunutzen und ließ seine Truppen von der Türkei in den Irak abziehen. Alle Bemühungen schlugen fehl, da bei dem Rückzug der PKK die Türkei militärisch gegen diese vorging und ca. 500 Guerillas eliminierte. Als einziger Inhaftierter wurde Öcalan anschließend auf der Gefängnisinsel Imrali in Isolationshaft eingesperrt (vgl. Knapp et al, 2015, S. 97f.).

In der Zeit seines fortwährenden Gefängnisaufenthaltes begann Öcalan damit, sich mit libertären Theoretikern wie Murray Bookchin und vielen anderen Philosophien bzw. Themengebieten auseinander zu setzen. In Verbindung mit seinen eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen entwickelte er in diesem Selbststudium die Modelle der „Demokratischen Autonomie“ und des „Demokratischen Konföderalismus“ (vgl. ebd.). So reflektiert er in „Demokratische Nation“ den Wandel seiner selbst und der PKK:

„Meine Gefängnisschriften setzen sich im Kern mit der kurdischen Realität und der Existenz der Kurden im Zusammenhang Zivilisation und Moderne auseinander. Sie machen klar, dass der Kapitalismus die eigentliche Verantwortung für die Entstehung der kurdischen Frage trägt, und sie trennen den demokratischen Kern erstmals von der Nationalstaatlichkeit. Dies machte auch den Kern der Transformation der PKK aus. Es handelte sich um die Klärung des Unterschieds zwischen staatlichen und demokratischen Lösungsformen, welche seit der Phase als Gruppe [vor Gründung der PKK] nicht erfolgreich war. An diesem Punkt wich sie vom Realsozialismus und der klassisch marxistisch-leninistischen Doktrin ab. Sie befreite das Selbstbestimmungsrecht der Völker von seiner Beschränkung auf ein bürgerliches Recht und machte es zum Teil einer gesellschaftlichen Demokratie. Es wurde also möglich, die kurdische Frage im Rahmen von demokratischen Verwaltungsmodellen zu lösen, ohne in Berührung mit Staatlichkeit zu kommen, ohne in eine nationalstaatliche Richtung zu denken und ohne auf entsprechende Lösungen angewiesen zu sein“ (Öcalan, 2018, S. 22f.).

### 3.2 Gesellschaftsmodell: Demokratie, Frauenbefreiung und die Strategie der Rose

Öcalans Modell des „Demokratischen Konföderalismus“ und der „Demokratischen Autonomie“ kann in einer Linie mit den radikaldemokratischen Theorien der 2000er Jahre von Antonio Negri oder Michael Hardt eingeordnet werden. Hinzu kommen radikale, sozialökologische Gedanken von Murray Bookchin. All diese gingen wie Öcalan von einem gesellschaftlich breiten Demokratiebegriff als Form direkter Partizipation aus. Anstelle eines Repräsentativsystems soll die gesamte Gesellschaft demokratisiert werden, das heißt, dass nicht ein Staat die Gesellschaft bestimmen soll, sondern die politisierte Gesellschaft sich selbst. Man muss allerdings an dieser Stelle einwenden, dass Öcalans gesellschaftlicher Fokus oft auf dem Raum des Nahen und Mittleren Ostens liegt (vgl. Knapp et al, 2015, S. 101f.).

Doch warum wendet sich Öcalan zur Demokratie hin? Für ihn stehen sich kapitalistische und demokratische Moderne konträr gegenüber. Alle Probleme der Moderne sind nach Öcalan auf die Verschränkung von Herrschaft und Staat mit der Nation zurückzuführen, woraus Nationalstaaten und Staatsnationen entstehen. Der Nationalstaat sei, besonders auf krisenhafter Stufe des Kapitalismus, ein Herrschaftsapparat, der in allen Bereiche der Gesellschaft unter der Herrschaft des Kapitals Unterdrückung, Gewalt und Ausbeutung mehr noch als ökonomische Monopole organisiert. Die Gesellschaft würde durch Profitmaximierung und Industrialismus zersetzt und der Staat hielte diese mit Gewalt zusammen. Diese Herrschaft ist verbunden mit der Sakralisierung und Vergöttlichung der Nation, dem Nationalismus. Dieser fungiert als eine Art Religion und setzt an die Stelle der traditionellen Gottheiten den Nationalstaat. Der Marxismus soll den Zusammenhang zwischen Nationalstaat, Klassen und ausbeuterischer Unterdrückung verzerrt haben, indem er den Staat lediglich als Institution des Überbaus abstrahierte. Demzufolge hält Öcalan der kapitalistischen Moderne die demokratische Moderne entgegen. Diese Gesellschaftsidee habe er nicht erfunden, da sie seit Beginn der Zivilisation existiere. Sie zeichnet sich durch Offenheit für pluralistische, probabilistische, multikulturalistische, anti-monopolistische, ökologische, feministische und ökonomisch-bedsürfnisorientierte Alternativen aus (vgl. Öcalan, 2018, S. 13ff.).

Seine Vorstellung von Demokratie ist dementsprechend antinationalistisch bzw. antietatistisch und strebt die Autonomie der Gesellschaft bei langfristiger Überwindung des Nationalstaates an:

„Die Alternative zum Staat ist die Demokratie [...]. Außer der Demokratie gibt es kein System, das den Staat begrenzt, rechtlich einschränkt, einengt und verkleinert [...]. Demokratie verstehe ich dabei nicht, wie dies oft geschieht, lediglich als eine Form des kapitalistischen Staates. Ich möchte Demokratie als einen Zustand definieren, in dem sich die außerstaatliche Gesellschaft selbst verwaltet. Demokratie bedeutet die Fähigkeit von Gemeinschaften, sich ohne Staat zu verwalten“ (Öcalan, 2018, S. 441f.).

Für Öcalan steht fest, dass die ursprüngliche Gesellschaftsformation demokratisch und kommunal war und dass selbst der Staat unmöglich ohne Kommunalität und demokratischer Reflexe die Gesellschaft lenken kann. Der Staat soll einer kommunal-demokratischen Haltung entspringen, allerdings unterminiere er diese durch seine wachsende Herrschaft und wird schließlich zu ihrem Gegensatz. Es besteht nach Öcalan also ein Widerspruch zwischen Staat und Demokratie. Lenin hätte zwar die Einsicht gehabt, dass nur die fortgeschrittenste Demokratie am ehesten zum Sozialismus führe, sein Paradigma des „An-die-Macht-Kommens“ über die Diktatur des Proletariats habe jedoch geschichtlich bewiesen, dass das Einsetzen der Staatsmacht zur Befreiung nur weiter vom Ziel der Freiheit und Gleichheit wegtreibt:

„Demokratie ist ein Zustand ohne Staat. Vollständige Herrschaft des Staates hingegen bedeutet die Abwesenheit von Demokratie [...]. Nur der Staat kann den Staat zerschlagen. Die Demokratie zerschlägt den Staat nicht; das kann wie im Fall des Realsozialismus nur zu einem neuen Staat führen. So ergibt sich die Hauptfunktion der Demokratie: Indem sie den Staat einschränkt, seine Auswüchse in der Gesellschaft beschränkt [...], kann nur sie die Möglichkeit für Freiheit und Gleichheit vergrößern. Schließlich und endlich wird vielleicht der Staat gänzlich überflüssig werden und absterben“ (ebd.). Auch wenn die Überflüssigmachung des Staates erklärtes Ziel ist, sollen somit die Staatsgrenzen nicht angegriffen werden.

Die demokratische Lösung der kapitalistischen Probleme ist in den Augen Öcalans hauptsächlich eine durch die Gesellschaft sich selbst konstituierende „Demokratische Nation“, also ein aus freiem Willen gebildeter Zusammenschluss freier Individuen und Gemeinschaften. Diese verabsolutiert sich demzufolge nicht in Sprache, Kultur, Geschichte etc. wie es die Sowjetunion gemacht und zu ihrem Scheitern beigetragen habe. Vielmehr verwirft sie diese starren Grenzen und praktiziert ein Zusammenleben diverser Gemeinschaften in Solidarität.

Die Geisteshaltung bzw. das Bewusstsein von Freiheit und Solidarität soll das verbindende Element sein. Verkörpert wird diese Mentalität durch die demokratische Autonomie, also die Selbstverwaltung der Individuen und Gruppen, die sich unter jener Mentalität vereinen. Folglich leitet die demokratische Nation ihre Mitglieder in demokratisch-autonomen Institutionen (vgl. Öcalan, 2018, S. 26ff.).

Erreicht werden soll dieser Zustand durch eine soziale Revolution, bei der alle Strukturen in der Selbstorganisation und -verwaltung aufgehen sollen. Insofern ist von einer Vergesellschaftlichung und keiner Verstaatlichung die Rede. Öcalan nennt diese Alternative zum Nationalstaat und kapitalistischer Moderne „Demokratischer Konföderalismus“. Er ist das Lösungsinstrument der demokratischen Nation, in einer demokratisch-föderalen Struktur vertreten zu sein (vgl. ebd., S. 21f.).

Der „Demokratische Konföderalismus“ wird von Öcalan als eine politische, nicht-staatliche, multikulturelle, auf weitgehenden Konsens orientierte Administrationsform verstanden. Während nach Öcalans Ansicht der Staat sich auf Macht begründet und nur verwaltend tätig ist, basieren Demokratien auf kollektivem Konsens und tragen so eine Regierungsfunktion in sich. Insofern habe der „Demokratische Konföderalismus“ sich auf Kompromisse mit den Regierungstraditionen aller lokalen bzw. regionalen Volksgruppen und Identitäten zur Ermöglichung eines ausbalancierten, gleichberechtigten Zusammenlebens einzulassen. Unter diesem Gesichtspunkt kann der „Demokratische Konföderalismus“ sich nicht zentralistisch, von Machtmonopolen beeinflusst, konstituieren, da dies einer heterogenen Gesellschaft widersprechen würde. Mit seinem Streben nach Mehrwert schafft der Staat keine neuen Werte und widerspricht der Gesellschaft so auch in politisch-moralischer Hinsicht. Vielmehr müsse man in Räten Diskussionen führen (vgl. Öcalan, 2019, S. 20ff.).

Wie ist die Gesellschaft nach dem „Demokratischen Konföderalismus“ strukturiert? Allgemein gefasst handelt es sich um eine Form von Rätssystem. Neben den Räten existiert noch ein Parlament als Parallelstruktur, in welches über freie Wahlen Parteien für eine potenzielle Übergangsregierung gewählt werden sollen. Diese Doppelstruktur ist aber durch den Bürgerkrieg noch unzureichend erprobt. Hinter dem Parlament steckt die Vorstellung einer „Demokratischen Republik“, dem

Überrest eines Nationalstaates, der die Rechtsgrundlage für den „Demokratischen Konföderalismus“ und die „Demokratische Autonomie“ bereiten soll. Praktisch heißt das, dass keine nationalistische Abspaltung, sondern eine Föderation, also eine dezentrale Einheit von Kantonen, Städten, Kommunen etc. in Betracht gezogen wird (vgl. Knapp et al, 2015, S. 101f.). Jedes dieser Einzelteile ist selbstermächtigt, sich auf allen Ebenen zu organisieren, also Lösungen für ihre öffentlichen Aufgaben zu eruiieren. Die kleinste Einheit bilden dabei die Kommunen bestehend manchmal nur aus 30-150 Haushalten. Innerhalb der Einheiten werden Delegierte in den nächsthöheren Rat gewählt. Im Fall der Kommunen finden alle ein bis zwei Wochen Plena statt, um alle Aufgaben zu koordinieren. Auf der Stadtteil-/Dorfgemeinschaftsrats-Ebene werden ca. sieben bis 30 Kommunen von je zwei Ko-Vorsitzenden vertreten. Die Ko-Vorsitzenden müssen immer aus einer männlichen und weiblichen Person bestehen und bekleiden für zwei Jahre ein imperatives Mandat, sind also jederzeit absetzbar. Dieses Prinzip setzt sich über den Gebietsrat, bei dem noch NGOs und Parteien eingliedert sind, bis zum Volksrat Westkurdistan, der Versammlung der Koordinationen aller Gebietsräte fort. Auf jeder Ratsebene versammeln sich noch acht Kommissionen mit je fünf bis 10 Personen zu den Themen Frauen, Verteidigung, Wirtschaft, Politik usw. Wichtig zu erwähnen ist die Quotenpolitik: Weder der Frauen- noch Männeranteil darf bei der Verteilung der Ratsposten unter 40% liegen (vgl. Perspektive Rojava/Solidaritätskomitee Münster, 2018, S. 19f.).

Damit sind wir bei der Frauenfrage angelangt. Der Feminismus spielt eine zentrale Rolle im „Demokratischen Konföderalismus“. Soll der Staat verschwinden, müsse das Patriachat überwunden werden. Öcalans Ansicht nach, ist das Patriachat die Wurzel staatlichen Zentralismus, Kapitalismus, Nationalismus und damit aller Hierarchien. Das Konzept der „Demokratischen Autonomie“ betont folgerichtig auch die Autonomie von Frauenstrukturen (vgl. Knapp et al, 2015, S. 101f.). Rojava hat 2014 weltweit durch den entschlossenen Kampf vieler Frauen in der Frauenverteidigungseinheit YPJ gegen den „Islamischen Staat“ Aufmerksamkeit erhalten, wobei die Frauenbewegung dort auf eine jahrzehntelange Praxis zurückblickt. Die 2005 gegründete Bewegung „Yekitiya Star“, ab 2016 „Kongreya Star“, gilt bis zum heutigen Zeitpunkt als eine der Anlaufstellen weiblicher Organisation auf kommunaler, städtischer und kantonaler Ebene. Hierbei steht

besonders die Bildung im Mittelpunkt. In Frauenbildungs- und -forschungszentren werden beispielsweise Sprach-, Näh-, Erste-Hilfe- oder Computerkurse angeboten. In der „Jineoloji“, der „Frauenwissenschaft“, wird an Akademien und Universitäten an der Geschichte, Sozialwissenschaft, Ökonomie, Politik, Ethik und Ästhetik aus Frauenperspektive geforscht. In diesem Sinne zählt Rojava auch als Frauenrevolution. Die Frauenbewegung fußt auf der von Öcalan verfassten „Theorie der Rose“. Sinnbildlich steht hier die Rose für Schönheit, andererseits verkörpern ihre Dornen das Recht auf Selbstverteidigung (vgl. Perspektive Rojava/Solidaritätskomitee Münster, 2018, S. 23ff.). Öcalan fasst es in „Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau“ so zusammen:

„Die Geschichte ist in einem gewissen Sinne die Geschichte des dominanten Mannes, der mit dem Aufstieg der Klassenherrschaft gewonnen hat [...]. Im Namen der Ehre eroberte der Mann die Stellung und die Rechte der Frau auf äußerst heimtückische, verräterische und despotische Weise [...]. Der Mann wurde zum Staat und verwandelte diesen in die dominante Kultur [...]. In der Tat ist es das Grundprinzip des Sozialismus, den dominanten Mann zu töten. Das Töten der Macht bedeutet: die einseitige Dominanz, die Ungleichheit und die Intoleranz zu töten [...]. Die Befreiung des Lebens ist unmöglich ohne eine radikale Frauenbewegung, welche die Mentalität und das Leben des Mannes verändern würde [...]. Das grundlegende Ziel für die bevorstehende Zeit muss sein, den dritten großen sexuellen Umbruch zu verwirklichen; diesmal gegen den Mann [...]. Die Frau wird ihren Platz unter respektablen, freien und gleichen Bedingungen einnehmen“ (Öcalan, 2019, S. 54ff.).

Dass die Emanzipation der Frau in Rojava theoretisch wie praktisch innerhalb der kurdischen Bewegung Rojavas Fuß fassen konnte, könnte daran liegen, dass Syrien bis 2011 in der arabischen Welt bildungspolitisch ein Vorzeigeland war, aber auch, weil tausende Frauen bis in die 1990er Jahre hinein von der PKK ausgebildet und gefördert wurden. So sorgte die 2013 ermordete, von den Mitgliedern verehrte Ko-Gründerin der PKK Sakine Cansiz für eine feministische Linie innerhalb der Partei (vgl. Perspektive Rojava/Solidaritätskomitee Münster, 2018, S. 24).



### 3.3 Wirtschaftsmodell: Kommunalisierung, Kooperation und soziale Ökologie

Auch in den wirtschaftlichen Fragen war Öcalan federführend für die revolutionäre Bewegung in Rojava. Seine Idee einer Ökonomie in der demokratischen Moderne basiert auf einer in partizipativen Kooperativen kommunalisierten, ökologischen Industrie. Dem kommt ein traditionelles Kollektivverständnis in der kurdischen Bevölkerung entgegen. Im Kern soll die Ökonomie demokratisiert werden durch die Ausweitung der radikaldemokratischen Selbstverwaltung bzw. Rätebewegung und der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Großgrund. Dahingehend steht nicht eine Orientierung an Gewinnschöpfung, sondern gerechte Umverteilung der Reichtümer nach Bedürfnissen und Nöten im Vordergrund. Herrscht keine ökonomische Selbstverwaltung vor, ist auch eine „Demokratische Autonomie“ unmöglich. Diese Gedanken gehen auf Murray Bookchins „libertären Kommunalismus“ zurück, bei dem keine Reprivatisierung durch Kommunen angedacht ist, sondern jede Kooperative ein Teil eines freiheitlichen, institutionellen Gesamtgebildes in Verantwortung vor allen Bürgern sein soll (vgl. Ayboğa et al, 2015, 251 ff.).

Ebenfalls von Murray Bookchin entnommen ist der Punkt der „sozialen Ökologie“. In „Ökologische Industrie“ schreibt Öcalan: „Eine Industrie, die nicht ökologisch ist, trägt mindestens genauso zur Zerstörung der Gesellschaft bei wie der Kapitalismus und der Nationalismus“ (Öcalan, 2019, S. 80). In Öcalans Augen ist es absehbar, dass die auf Verdinglichung basierende bürgerliche Profitökonomie und der Industrialismus jegliche Lebensgrundlage von Mensch und Natur zerstören werden. Dahingehend gibt es nach Öcalan nur einen Ausweg:

„Die Menschheit kann nicht länger mit dieser Wirtschaftspolitik leben. Hier stehen wir vor der eigentlichen Aufgabe des Sozialismus. Wir können sie definieren als den langsamen Übergang von der Warengesellschaft zu einer Gesellschaft, die für den Gebrauchswert produziert, von einer profitorientierten Produktion zu einer Produktion, die auf Teilen beruht [...]. Die ökologische Gesellschaft ist im Wesentlichen eine sozialistische Gesellschaft“ (Öcalan, 2018, S. 468).

In einer solchen Gesellschaft würde wieder ein Einklang mit der Natur wieder hergestellt werden, denn für Öcalan wie auch Bookchin ist die ökologische Frage eine soziale:

„Ökologische von sozialen Problemen loszulösen, oder sogar ihren Zusammenhang herunterzuspielen oder nur geringfügig anzuerkennen, würde bedeuten, die Quelle der wachsenden Umweltkrise fehlzuinterpretieren. In Wirklichkeit ist die Art, wie Menschen als soziale Wesen miteinander umgehen, ausschlaggebend um die ökologische Krise anzugehen. Sofern wir diese Tatsache nicht klar erkennen, werden wir nicht wahrnehmen, dass die hierarchische Struktur und die Klassengesellschaft, welche unsere Gesellschaft so zuverlässig durchdringen, der Idee, die Natur zu dominieren, zu Aufschwung verholfen hat [...]. Die Sozialökologie ist ein Appell nicht nur für die moralische Erneuerung, sondern vor allem auch für den sozialen Wiederaufbau nach ökologischen Gesichtspunkten [...]. In einer ökologischen Gesellschaft, die aus einer Gemeinschaft der Gemeinschaften besteht, würde das Eigentum letztlich weder privaten Produzenten noch einem Nationalstaat gehören [...]. Vom Standpunkt der Sozialökologie aus betrachtet, würden die Eigentumsinteressen verallgemeinert und nicht in verschiedenen widersprüchlichen oder unkontrollierbaren Formen rekonstruiert werden. Sie würden kommunalisiert, statt verstaatlicht oder privatisiert. Arbeiter, Landwirte, Fachleute und dergleichen würden sich also mit dem vergemeinschafteten Eigentum als Bürger und nicht als Mitglieder einer beruflichen oder sozialen Gruppe befassen. Abgesehen von jeder Diskussion über solche Visionen wie die Rotation der Arbeit, den Bürger, der sowohl industrielle als auch landwirtschaftliche Tätigkeit ausübt, und dem Experten, der auch Handarbeit leistet, würden die von der Sozialökologie vorangetriebenen kommunalen Ideen zu Individuen führen, für die das kollektive Interesse untrennbar mit dem persönlichen, das öffentliche Interesse mit dem privaten und das politische mit dem sozialen verbunden ist“ (Bookchin, 2019, 13ff.).

Zur wirtschaftlichen Situation in Rojava ist es relevant zu wissen, dass die Region bis zur Revolution 2012 im Grunde die Kornkammer Syriens war. Nach der Privatisierung für den internationalen Markt ab den 2000ern wurde die Wirtschaft in Rojava stark hochgefahren. Alle drei Kantone wurden unter staatlicher Reglementierung intensiv landwirtschaftlich genutzt. Wurde Cizîrê für den monokulturellen Anbau von Weizen bzw. in geringen Mengen Baumwolle vorgesehen, so waren in Afrîn und Kobanî der Obst- und Gemüseanbau gängig. Nicht nur kamen 50% des syrischen Weizens und 25% aller Oliven aus den Kantonen, sondern auch 50 bis 60 % des Erdöls. Trotz seiner fruchtbaren Ländereien und Bodenreichtümer war die Region verhältnismäßig arm. Das Regime verhinderte so weit wie nur möglich selbstständige kommunale Wirtschaftszusammenschlüsse und sorgte damit für eine enorme Abhängigkeit vom Staat, da sich die verarbeitende Industrie im Süden befand. So kam zwar ein Großteil der Ressourcen aus Rojava, doch waren die Einwohner von den Lieferketten der fertigen Waren aus dem Süden angewiesen (vgl. Ayboğa et al, 2015, 245 ff.).

Im Zuge der Revolution 2012 kamen die ein Jahr zuvor in ganz Rojava aufgebauten Räte zum Einsatz. Es zeigte sich, wie entscheidend die Errichtung von einer Gebiets- und überregionalen Wirtschaftskommission in einer Zeit war, als es mit dem Abzug des Baath-Regimes galt, die Grundversorgung aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde das bestehende Verwaltungssystem in die Rätestruktur integriert. Anschließend nahm die Wirtschaftskommission eine Festsetzung der Preisgrenzen vor, um Spekulationen auf Grundnahrungsmittel und Medikamente zu verhindern. Der Rätestruktur und Wirtschaftskommission gelang es letztlich, die problematische Versorgungslage im Winter 2012/2013 nach der Revolution zu bewerkstelligen. Auch wenn die Region bis heute anhaltend unter einem Wirtschaftsembargo leidet, ist kein Hunger unter der Bevölkerung zu verzeichnen. Mit der Zeit kam es sogar zu einem kleinen Bauboom. Diese kleinen Fortschritte führten ab 2013 zu Diskussionen über einen „Dritten Weg“ der Ökonomie jenseits von Kapitalismus und staatlich gelenkter Wirtschaft. Seitdem sind wirtschaftliche Kooperativen diversester Industriezweige im Auftrieb (vgl. ebd.).

Zur Sicherung der Kooperativwirtschaft gibt das Wirtschaftskomitee Rojavas entsprechend den ideologischen Grundprinzipien praktische Vorschriften vor. Jede Kooperative beruft mindestens alle drei Monate eine Generalversammlung ein, in der alle Zuständigkeiten geregelt und die Einhaltung der Grundprinzipien durch Verwaltungs-, Finanz- und Archivkomitee überwacht werden. Die Einnahmen einer Kooperative gehen zu 5% an den Verband der Kooperativen. Um die Autonomie der Kooperativen gewährleisten zu können, dürfen diese 5% nicht überschritten werden. 25% gehen an den Fond der Kooperativen, um bei Gründung einer Kooperative Startkapital beisteuern zu können. Die restlichen 70% werden in der Regel unter den Mitgliedern verteilt (vgl. Zinar, 2021, 10ff.).

Der überwiegende Teil der Kooperativen in Rojava sind landwirtschaftlich geprägt. Darüber hinaus existieren einige für Viehzucht und den eher kleinen Produktions- und Dienstleistungssektor, was z.B. Bäckereien, Restaurants, Schneidereien, Elektrizität usw. umfasst. Ein Problem stellen die Produktionskooperativen außerhalb des Agrarsektors dar, welche technologisch komplexere und intensivere Prozesse beinhalten, da es hier oft nicht nur an Fachwissen mangelt, sondern auch an Produktionsmitteln. Ein Grund dafür ist das über die Region verhängte Embargo. Erschwerend hinzu kommt die chronische Wasserknappheit durch den Bau eines

Staudamms auf Seiten der Türkei, der den Wasserzufluss nach Syrien kontrolliert, sowie durch die damaligen Angriffe des Islamischen Staates auf zentrale Wasserleitungen. Dem scheint die Selbstverwaltung nur bedingt abhelfen zu können. Insofern ist es auch die Aufgabe der Selbstverwaltung, angesichts der vielen Nöte dennoch ihre Sinnhaftigkeit zu unterbreiten. Was abseits der Problemfelder den Bedürfnissen nach für notwendig gehalten wird, muss an der Basis diskutiert werden. Die Selbstverwaltung soll hierfür in der Vermittlerrolle stehen und gezielte finanzielle Unterstützung vorstrecken, die die Kooperativen abzahlen müssen. Diese „Kredite“ sind aber aus Egalitätsgründen nicht mit Zinssätzen versehen und bei Zahlungsunfähigkeit kann die Kooperation mit Jahren Abstand für die Rückzahlung aufkommen. Um Arbeitslosigkeit vorzubeugen, produzieren die Kommunen und Kooperativen bedürfnisorientiert zusammen und sorgen für einen niedrighwelligen Zugang, damit jede Person auf ihre Weise daran partizipieren kann. Dieser Zugang zur kollektiven Selbstversorgung im Sinne einer Demokratisierung der Ökonomie wird getragen von Bildungsangeboten in Form von Wirtschaftsakademien. In diesen Akademien wird gesellschaftliches Wissen zur eigenständigen Verwaltung über Ressourcen vermittelt. Langfristig ist das Ziel, jeden Sektor, auch in politischer und juristischer Form, kooperativ zu bekleiden. Dementsprechend sind die Kooperativen sinnbildlich für einen in Rojava andauernden Organisationsprozess (vgl. ebd.).

Rekurrierend auf den Punkt der „Sozialen Ökologie“ ist die 2018 gegründete Kampagne „Make Rojava Green Again“ der Internationalistischen Kommune erwähnenswert. Diese versucht nicht nur in Zusammenarbeit verschiedener Komitees bzw. Kommissionen Rojavas an Akademien ein ökologisches Bewusstsein zu erzeugen, sondern durch Baumpflanzungen und nachhaltige Mülltrennungssysteme das ökologisch belastete Land wieder zu renaturalisieren (vgl. Internationalistische Kommune, 2018, S.113 ff.).

## 4. Rätekommunismus

### 4.1 Historischer Hintergrund des Rätekommunismus

Der historische Rätekommunismus war ein Phänomen innerhalb des linken Lagers der Arbeiterbewegung zwischen der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert. Seiner Ausbildung und Radikalisierung gingen folgende Schlüsselemente voraus: Zum einen die Erfahrung der Pariser Kommune vom 18. März bis 28. Mai 1871, der Marx das wesentliche Prinzip entnahm, dass sie nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende, gleichzeitig vollziehende und gesetzgebende Körperschaft war. Zum anderen die russische Revolution von 1905, bei der landesweite Massenstreiks ungeahnten Ausmaßes ausbrachen und die Arbeiter sich zum Teil unabhängig von Parteien und Gewerkschaften in Arbeiterräten organisierten. In der ersten Phase zwischen 1903 und 1914 des bis dato nicht genuinen Rätekommunismus sind es besonders Einzelpersonen und Gruppierungen in Deutschland und Holland, die Teil der jeweiligen sozialdemokratischen Parteien waren und sich vom Anarchismus und Syndikalismus abgrenzten, jedoch sich allesamt positiv auf die Massenstreiks und Arbeiterräte bezogen. Die Partei sahen sie eher in einer befördernden Begleitfunktion. Zu den bekannteren Vertretern dieser Position zählten Klopotek zufolge in Deutschland u.a. Rosa Luxemburg, Otto Rühle und die „Bremer Linksradikalen“ und in Holland Anton Pannekoek, Hermann Gorter und Henriette Roland-Holst. Es handelte sich insgesamt um eine radikalmarxistische Minderheit gegenüber dem „rechten“ Flügel und dem „marxistischen Zentrum“ der Sozialdemokratie rund um Karl Kautsky, welches wiederum auf die zahlreichen Generalstreikwellen bis 1913 reserviert bis ablehnend reagierte. Die Logik hinter der Verneinung der Streiks seitens der „Rechten“ und „Zentristen“ war jene, dass ausartende Insurrektionen möglicherweise staatliche Repressionen und Notstandsmaßnahmen nach sich ziehen und damit die organisierte Arbeiterbewegung als Ganzes mit ihren Errungenschaften bedrohen würden. Stattdessen fuhren die sozialdemokratischen Parteien einen nur-parlamentarischen Kurs und setzten daneben auf Kultur- und Bildungsorganisationen. Dies führte zu einem Organisationsparadoxon: Auf der Höhe ihrer Macht legte die Sozialdemokratie alles daran, diese zu manifestieren. Die Linken wie Luxemburg und Pannekoek sahen in den Massenstreiks eine impulsive, revolutionäre Aktion

des Proletariats, die so sehr gesteigert werden müsse, bis die proletarischen Machtmittel im Prozess des sich so zuspitzenden Klassenkampfes die des Staates zerstört haben. Dieser Konflikt beider Lager kulminierte 1910 in der sogenannten Massenstreik-Debatte (vgl. Klopotek, 2021, S. 21ff.).

Mit der Zustimmung der Kriegskredite der SPD am 04.08.1914 stürzte Europa in den Ersten Weltkrieg und die Sozialdemokratie in die Krise. Die Linken verurteilten sowohl diesen Moment als auch die Konsequenz des Krieges als Klassenverrat und spalteten sich spätestens 1916 von der Mutterpartei ab. Auch wenn sie ein isoliertes und unbedeutendes Dasein akzeptieren mussten, markiert dieses Jahr den Beginn der zweiten Etappe des Rätekommunismus. In dieser Zeit wurde die Devise vertreten, vollumfänglich jede auch nur unkoordinierte Aktion des proletarischen Widerstandes zu unterstützen, die man zuvor als „syndikalistisch“ denunziert hätte (vgl. ebd.).

Das Jahr 1918 stellt in der Gesamtentwicklung einen Wendepunkt dar. Mit der am 09.11. von der Mehrheitssozialdemokratie ungewollten spontanen Erhebung der Arbeiter und Soldaten gegen den Kaiser und seinen Elend-verursachenden Krieg zeigten die Linken erneute Präsenz, wenngleich sie diese sogenannte „Novemberrevolution“ nicht initiierten. Sie verstanden ihre Aufgabe darin, die spontan etablierten revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte gegen die auf der Reichskonferenz im Dezember 1918 überwiegende Präferenz für eine bürgerlich-demokratische Nationalversammlung zu verteidigen. Die Linie der sozialdemokratischen Regierung von Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann ging so weit, bereits Ende 1918 die Hilfe von Offizieren der ehemaligen kaiserlichen Armee zur Niederhaltung der rebellierenden Volksmarinedivision zu suchen. Es stellte sich für die Linken Kräfte schnell heraus, dass die sozialdemokratische Regierung sich als Erbin des wilhelminischen Wirtschafts-, Verwaltungs- und Militärapparates verstand. Die linksradikale Minderheit äußerte unter der Parole „Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution“ ihren Protest gegen diesen Status Quo. Nach dem Austritt der Vertreter der „Unabhängigen“ bzw. der USPD aus dem Rat der Volksbeauftragten am 29.12.1918 als Zeichen gegen die Politik von Ebert-Scheidemann nahmen die Repressionen gegen proletarische Insurgenten, koordiniert durch den Sozialdemokraten Gustav Noske, immer mehr zu. Dies führte zu einer Art Massenflucht gen Links. Hundertausende der

verschreckten, teilweise noch unorganisierten Arbeiter gingen zur USPD oder anderen linksradikalen Gruppierungen wie dem von Luxemburg und Liebknecht geführten Spartakusbund über. Insgesamt traten aufgrund der Repressionen die Linksradikalen mehr oder weniger geeint auf, indem sie mit dem eher zentralistischen Spartakusbund am 30.12.1918 entgegen aller Skepsis seitens Luxemburg zur KPD(S) fusionierten oder sich hinter dessen Programm stellten. In der Zwischenzeit kam es am 15.01.1919 zum Mord an den KPD-Führern Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sowie zum krankheitsbedingten Tod des Bremer Linksradikalen Johann Knief am 06.04.1919. Von da an nahm Anton Pannekoek eine bedeutende Rolle als linker Agitator ein (vgl. Bock, 1993, S. 87ff.).

Einen nicht unwesentlichen Teil dieses Linksrutsches stellten die „Internationale Kommunisten Deutschland“ dar, unter deren Namen sich eher lose und föderale Gruppen wie die „Bremer Linksradikalen“ versammelten. Diese waren aus der unabhängigen SPD-Fraktion „Internationale Sozialisten Deutschland“ hervorgegangen. Anton Pannekoek, Otto Rühle und Johann Knief dürften die bekanntesten Mitglieder und Sympathisanten gewesen sein. Die linke Mehrheit bestand zwar nicht ausschließlich aus IKD-Mitgliedern, schloss sie aber mit ein. Abseits aller Solidaritätsbekundungen opponierte das IKD-Lager gegen die Ansicht des Spartakusbundes, die Arbeiter- und Soldatenräte seien ein Vehikel zur Revolution, da sich zu viele verworrene sozialpatriotische SPD- und USPD-Vertreter in ihnen engagierten zu denen man eine entschiedene Front einnehmen müsse. Diese organisatorischen und andere Fragen führten innerhalb der KPD(S) zu hartnäckigen Auseinandersetzungen zwischen IKD und Spartakisten. Allgemein drehten sich diese um die Fragen von Zentralismus oder Föderalismus, die Beteiligung am Parlament sowie, ob man in bestehende Gewerkschaften zu intervenieren oder neue zu gründen habe. Die anti-zentralistischen und -autoritären Tendenzen rührten großenteils aus der Vor-/Kriegszeit her, als vor 1914 linksradikale Gruppen in dieser Form auf die Bürokratisierung der SPD reagierten und später in der Illegalität lokal zerstreut waren. Nach 16 Monaten vehementer Dispute kam es schließlich zum Zerwürfnis: Zwischen dem 03.-05.04.1920 spaltete sich die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland“ von der KPD(S) ab, während letztere sich auf dem 5. Parteitag im Oktober 1920 dem Zentralismus zuwandte (vgl. ebd.).

Die KAPD war eine anti-parlamentarische, spontaneistische Partei, die vor allem in Großstädten und Ballungszentren eine relativ große Anhängerschaft hatte, darunter Berlin, Hamburg, dem sächsischen Industriedreieck und Essen. Zahlenmäßig war sie den zentralistischen, eher Moskau-treuen bzw. bolschewistischen Kommunisten mindestens ebenbürtig. Sie führte die Parole „Alle Macht den Räten!“ fort. Doch intern wie extern fehlte es der KAPD an Stärke, die sehr dynamische Phase Anfang der 20er Jahre zu überstehen. Angefangen bei Otto Rühle, selbst Gründungsmitglied, der die KAPD des Bolschewismus und Elitarismus bezichtigte und die Position vertrat, dass nur noch ökonomische Organisationen wie die Allgemeine Arbeiterunion (AAU) für die Übernahme und Selbstverwaltung der Industrie prädestiniert seien, sollten vor allem die „mitteldeutschen“ Märzkämpfe von 1921 die linken Kommunisten vor die Probe stellen. Weder konnte die KAPD taktisch geschlossen bei den Massenstreiks und Guerillakämpfen der Arbeiter von Leuna bis ins Vogtland auftreten noch sich auf eine langfristige Strategie einigen. Letzten Endes wurden die Märzkämpfe blutig niedergeschlagen. Ab diesem Moment zerfiel die Partei in verschiedene Fraktionen und Strömungen. So hielt die „Berliner Richtung“ an den ökonomischen Klassenkämpfen als subjektiv-revolutionäre Aktion des Proletariats fest, während die „Essener Richtung“ mit Verweis auf die objektive „Todeskrise“ des Kapitalismus jeglichen reformistischen Kampf ablehnte. In diesem zerfaserten Zustand endete die zweite Etappe des Rätekommunismus (vgl. Klopotek, 2021, S. 21ff.).

Erst ca. zehn Jahre später mit Beginn der 1930er und dem Sieg der Nationalsozialisten erfolgte die dritte Phase, die Phase der Reflektion. Diese konzentrierte sich wesentlich auf zwei Zeitschriften: Die holländische, aber in deutscher Sprache publizierte Zeitschrift „Rätekorrespondenz“ und die vom deutschen Exilanten Paul Mattick in Amerika redigierte „International Council Correspondence“. Dieser kleine Kreis um ca. 50 Personen grenzte sich um die „Gruppe Internationale Kommunisten“ ein, die um 1927 herum von Piet Coerman, Henk Canne Meijer und Theo Maassen gegründet wurde. In und um ihr waren Anton Pannekoek, der KPD-Dissident Karl Korsch, Jan Appel und ab den späten 1930er Otto Rühle aktiv. Unter dem erstarkenden Naziregime in Europa, dem Stalinismus in der Sowjetunion und dem Antikommunismus in den USA verblieb die Arbeit der GIK bis zu ihrem kaum ergründbaren Ende eine rein redaktionelle bzw.



publizistische. Späte Aufmerksamkeit erfuhr vor allem die Schrift „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“ innerhalb der Studentenbewegung der späten 60er und 70er Jahre. Paul Mattick schaffte es mit seinen Akkumulations- und Krisentheorie bis Mitte der 70er über die Studentenbewegung hinaus noch zu einem intellektuellen Stichwortgeber zu avancieren, bevor auch er in Vergessenheit geriet (vgl. ebd.).

#### 4.2 Gesellschaftsmodell: Räte, Antiautoritarismus und Antibolschewismus

Der Rätekommunismus ist kein geschlossenes, homogenes Weltbild, wie aus den oben erwähnten unterschiedlichen Bewertungen politischer Situationen und daraus resultierender Spaltungen ersichtlich wird. Es lassen sich jedoch ein paar gemeinsame Annahmen der Strömungen in Abgrenzung zu den Spartakisten oder der Mehrheitssozialdemokratie ausmachen.

Im Gegensatz zur KPD(S)-Zentrale vertraten KAPD und AAU die Ansicht einer tiefgreifenden politisch-ökonomischen Krise des Kapitalismus als überreifen Ausgangspunkt einer proletarischen, weltumspannenden Revolution. Auch wenn nie ein kohärentes Thesengefüge der Organisationen zustande kam, so bildete das Theorem der Todeskrise, einer notwendig-immanenten Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus in seinem höchsten Stadium, allgemein die Grundlage einer objektiven Revolutionsvoraussage in Deutschland. Der subjektive Faktor blieb dabei nicht unerwähnt: Programmatisch wie weltanschaulich stark beeinflusst von Pannekoek und u.a. seiner Schrift „Weltrevolution und kommunistische Taktik“, machte die KAPD die weitverbreitete klein-/bürgerliche Ideologie und das fehlende Vertrauen in Partei und Organisation verantwortlich für ein mangelndes revolutionäres Bewusstsein in der Arbeiterklasse. Aus diesem Spannungsfeld zwischen objektiver Reife und subjektiver Unreife ergab sich für KAPD und AAU die Schlussfolgerung, alle reformistischen Kampfmittel abzulehnen, die zwar unter einer bürgerlich regierten kapitalistischen Wirtschaft noch ihrer Bewandnis hatten, jedoch in der Phase der Revolution obsolet wurden. Darunter fallen Institutionen, die selbst aus dem Kapitalismus hervorgegangen zu Instrumenten der Macht des Kapitals sich entwickelten, wie das Parlament und die Gewerkschaften. Nicht nur sollen diese „verbürgerlichend“ auf die Arbeiter einwirken, sondern als

bürokratische Gebilde mit repräsentativen Führern diese in materieller und geistiger Abhängigkeit und Unselbstständigkeit halten. Folglich erschienen Parlamente und Gewerkschaften nach Pannekoek und der KAPD als konterrevolutionär, da sie dem Proletariat die entscheidende Selbstherrschaft über sich selbst und die Produktion verwehrten, und somit galt es sie zu zerstören. Für die Rätekommunisten stand es überwiegend außer Frage, dass weder Parteien noch Führer die revolutionäre Grundlage des Sozialismus schaffen, sondern nur das bewusst wollende Proletariat selbst, was die Verwurzelung des Rätekommunismus im Antiautoritarismus verdeutlicht. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die KAPD sich nie als Partei, sondern als rein politische, außerparlamentarische, antigesetzliche und antigewerkschaftliche Organisation verstand. Vor diesem Hintergrund wird der voluntaristische Aspekt der Spontanität der Massen stark gemacht, der innerhalb der Sozialdemokratie zumeist sehr konträr diskutiert wurde. Die daraus für einzig notwendig befundene Organisationsform des Proletariats sollten, wie historisch in Russland als auch Deutschland praktisch erprobt wurde, die Räte sein, die die Führung der Partei ablösen (vgl. Arnold, 1985, S.155ff.). In ihrem von Karl Schröder und Hermann Gorter mitverfassten Programm von 1920 schreibt die KAPD:

„Der Gedanke, den revolutionären Massenwillen zum ausschlaggebenden Faktor in der taktischen Einstellung einer wirklich proletarischen Organisation zu erheben, ist das Leitmotiv für den organisatorische Aufbau unserer Partei [...]. Das Schicksal der russischen Räterepublik ist abhängig von der Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland [...]. Der Rätegedanke steht in der Periode des proletarischen Kampfes um die politische Macht im Mittelpunkt der revolutionären Fortentwicklung [...]. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte“ (KAPD, 2003).

Die KAPD erkennt dem Programm folgend die marxistische Einsicht der Diktatur des Proletariats sowie das dafür notwendige Mittel des Klassenkampfes an. Unter der Prämisse jedoch, dass die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, war in ihren Augen der Rat die adäquate politische Form der Selbstorganisation und ein unabdingbares Kampfmittel gegen fremdbestimmende, manipulierende Verwaltungsorgane (vgl. Arnold, 1985, S.155ff.). In ihrem Programm fordert sie u.a.:

„Sofortiger politischer und wirtschaftlicher Zusammenschluß mit allen siegreichen proletarischen Ländern (Sowjet - Rußland usw.) im Geiste des internationalen Klassenkampfes zwecks gemeinsamer Verteidigung gegenüber den aggressiven Tendenzen des Weltkapitals [...]. Auflösung aller Parlamente und Gemeinderäte. Bildung von Arbeiterräten als Organe der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt. Wahl eines Zentralrats aus den Delegierten der Arbeiterräte Deutschlands. Zusammentritt des

deutschen Rätekongresses als verfassunggebende höchste politische Instanz Räte-Deutschlands [...]. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik [...]. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik. Zentrale Regelung und Leitung der gesamten Produktion vom Kongreß der Wirtschaftsräte einzusetzenden Obersten Wirtschaftsrate“ (KAPD, 2003).

Die ökonomische Schwesterorganisation der KAPD, die Allgemeine Arbeiterunion (welche sich später von der KAPD lösen sollte), betonte unterdessen die Wichtigkeit des Betriebes als Ort des Bewusstseins des Rätegedankens. Die Vorstellung war, über Betriebsorganisationen die revolutionären Massen bewusstseinsmäßig zu einigen und zur passenden politischen Zeit einen Massenstreik mit revolutionärer Zielsetzung auszulösen. In der Selbstbewusstseinsentwicklung wurde der Schlüssel für das Gefälle objektiver Reife und subjektiver Unreife für soziale Revolution gesehen. So wurden die Betriebsräte bzw. Arbeiterunionen als wirtschaftliche Vorformen der Räterepublik verstanden. Sie sollten durch Antizipation konstitutiver Prinzipien und struktureller Elemente in der sozialistischen Phase der Revolution Rückfälle in alte Muster verhindern und somit nur von vorübergehender Dauer sein. Sowohl KAPD als auch AAU bauen auf Betriebsräten und Arbeiter-Unionen der organisierten Arbeiter als Klein-, Handels- und Handwerksbetrieben auf. Die Räte hingegen waren für die politische Aufgabe der Unterdrückung aller bürgerlicher Herrschaft als verwaltende Organe der Diktatur des Proletariats vorgesehen. An die Stelle der bürgerlichen Staatsgewalt sollen also gesetzgebende und -vollziehende Arbeiterräte treten, die sozialisierend Gesellschaft und Wirtschaft modifizieren und Gewaltenteilung aufheben. Praktisch bedeutet das, dass sie im Räte-System mit ihren Delegierten die unterste politische Wahlkörperschaft bilden. Diese stellen für jeden Arbeitsbereich eine verwaltende, geschäftsleitende Kommission und kontrollieren diese. Das imperative Mandat, die Abberufbarkeit der Delegierten zieht sich durch alle Instanzen und ist unmittelbar verknüpft mit dem proletarischen Wahlrecht, sich mittels der Räte als Klasse selbst zu regieren und keine Verselbstständigung von Führern zu befördern. Darauf aufbauend folgen die Ortsräte in den städtischen und dörflichen Kommunen, die sich um Bezirksangelegenheiten kümmern. Die territoriale Struktur der Räte richtet sich nach ökonomischen Einheiten aus. All dem ist der nationale verfassunggebende Rätekongress übergeordnet, dessen Mitglieder den leitenden „Zentral-Exekutiv-Ausschuss“ bzw. „Zentralrat“ als eine Art Regierung wählen. Im

Rätekongress ist der Träger und Vollstrecker des Willens der Arbeiter, das heißt, dass Staatsmacht und Bevölkerung eins werden, um Bürokratismus zu verhindern. Dieser Art Rätestaat soll überstaatlich und international sich zu einem Netz von Föderationen zusammenschließen (vgl. Arnold, 1985, S.160ff.).

Zur Frage der Demokratie findet die „Gruppe Internationale Kommunisten“ klare Worte. Im Rätesystem, gedacht als ökonomische Diktatur des Proletariats im wörtlichen Sinne, also einer Arbeiterselbstregierung, spiegelt sich eine Form substanzieller Demokratie:

„Diese Diktatur ist für uns eine Selbstverständlichkeit, die eigentlich nicht besonders behandelt werden muss, denn die Einführung des kommunistischen Betriebslebens ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. Die Einführung des kommunistischen Betriebslebens bedeutet nichts anderes als die Abschaffung der Lohnarbeit, die Umsetzung des gleichen Rechts aller Produzenten auf die gesellschaftlichen Vorräte. Das ist die Aufhebung aller Privilegien bestimmter Klassen. Das kommunistische Betriebsleben gibt niemandem das Recht, sich auf Kosten der Arbeit anderer zu bereichern. Diejenigen, die nicht arbeiten, werden nicht essen. Die Einführung dieser Grundsätze ist keineswegs ‚demokratisch‘. Die Arbeiterklasse führt sie im intensivsten, blutigsten Kampf durch. Wenn wir diese Diktatur des Proletariats jedoch aus der Sicht der Transformation der sozialen Beziehungen, aus der Sicht der gegenseitigen Beziehungen der Menschen betrachten, dann ist diese Diktatur die eigentliche Eroberung der Demokratie. Kommunismus bedeutet nichts anderes, als dass die Menschheit auf eine höhere kulturelle Stufe vordringt, da alle gesellschaftlichen Funktionen unter die direkte Leitung und Kontrolle aller Arbeiter gestellt werden und diese damit ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Das heißt: Die Demokratie ist zum Lebensprinzip der Gesellschaft geworden. Darum entspricht eine substanzielle Demokratie, die in der Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens durch die arbeitenden Massen verwurzelt ist, genau der Diktatur des Proletariats“ (Lueer, 2020, S. 301).

Ein weiteres, entscheidendes Merkmal des „Rätegedankens“ linkskommunistischer Bewegungen und Politiker ist der Antileninismus und die Kritik an den Bolschewiki. Anton Pannekoek übte als Beobachter der Oktoberrevolution 1917 in Russland wie viele andere Rätekommunisten eine sehr scharfe Kritik an dem Verlauf dieser durch die Bolschewiki. Zu Beginn zeigte er sich noch begeistert und sah in der Sowjetunion nicht nur eine Demokratie in viel vollendeter Gestalt, sondern auch ein Start- und Ausgangspunkt für die Weltrevolution. Doch im Verlauf der 1920er beginnen anfängliche Differenzen in Bezug auf die Rolle des Proletariats, dem Parlamentarismus etc. sich zu radikalieren. Es kristallisiert sich in seinem 1938 veröffentlichten Werk eine tiefgründige Kritik an der Parteipolitik, der

bolschewistischen Instrumentalisierung des Weltproletariats und dem bürgerlichen Charakter der Oktoberrevolution heraus (vgl. Wallat, 2012, S. 151 f.):

„In Russland konsolidierte sich der Staatskapitalismus, nicht als Abwendung von, sondern in Übereinstimmung mit den von Lenin (z.B. in Staat und Revolution) aufgestellten Prinzipien. Über dem Proletariat entwickelte sich eine Bürokratie als neue herrschende und ausbeutende Klasse [...]. Der Marxismus Lenins und der bolschewistischen Partei ist eine Legende. Lenin hat den wirklichen Marxismus nie gekannt [...]. Den Kapitalismus kannte er nur als Kolonialkapitalismus, die soziale Revolution nur als Sturz eines Grundherren- und Zarendespotismus [...]. Natürlich bleibt Lenin ein Schüler Marxens, in dem Sinne, daß seine wichtigsten Ansichten, ohne welche der Kampf in Rußland nicht zu führen war, dem Marxschen Werk entnommen sind; wie ja auch aus ähnlichen Gründen die Sozialdemokraten Schüler von Marx. Und es bleibt auch richtig, daß der praktische Kampf des russischen Proletariats, das die erste und wesentliche Kraft der Revolution war, in seinen politischen Massenstreiks und seiner Sowjetorganisation noch immer das lehrreichste Vorbild moderner proletarischer Aktion ist. Daß aber Lenin den Marxismus als Theorie der proletarischen Revolution nicht verstand, daß er das Wesen des Kapitalismus, der Bourgeoisie, des Proletariats in seiner höchsten Entwicklung nicht verstand, das zeigte sich, sobald nach 1917 von Rußland aus, durch die III. Internationale, das westeuropäische Proletariat zur ‚Weltrevolution‘ geführt werden sollte, und auf die Warnungen der Marxisten des Westens nicht geachtet wurde. Die lückenlose Reihe von Mißerfolgen, Blunders und Niederlagen, deren Folge die heutige Schwäche und Verwirrung der Arbeiterbewegung ist, zeigt die völlige Unzulänglichkeit jener Führung“ (Pannekoek, 1991, S.61 ff.).

In seinem erstmal 1946 publizierten Werk „Arbeiterräte“ hält er fest, dass die Bolschewisten die reale Klassenbewegung umfunktionierten und sie zur Machtübernahme und Konsolidierung einer neuen Herrschaft missbrauchten. Weil sie die Industrialisierung des Landes nachzuholen hatte, stellte sie ihre Entwicklung unter staatliches Kommando, was für Pannekoek unweigerlich einen Staatskapitalismus hervorbrachte. Für ihn stellte sich die Sowjetunion aufgrund der herausgebildeten Bürokratisierung aller Institutionen als eine Parteidiktatur dar, unter deren Herrschaft die Arbeiter nach wie vor ausgebeutet werden. Als Internationalist, der die proletarische Revolution auf Weltmaßstab anstrebte, lehnte Pannekoek auch den sich entwickelnden „Sozialismus in einem Land“ ab (vgl. Danyluk, 2012, S. 97f.).

Ähnlich kritisch sah die „Gruppe Internationale Kommunisten“ die Entwicklungen auf der ökonomischen Ebene. Laut ihr verwechselten die Bolschewiki die spezifisch kapitalistische Organisationsform der Beherrschung des Proletariats mit der gesellschaftlichen Arbeit selbst. Demzufolge sah sie das stete Wachstum der Trusts, Kartelle etc. im Ansteigen privater Verfügungsgewalt über die

Produktionsmittel, gesellschaftlicher Arbeit und den Arbeitsprodukten manifestiert. Daraus zogen sie den Schluss, den Kommunismus als „Volkswirtschaft“ nach Ebenbild der Eisenbahn oder Post zu organisieren. Alle Betriebe, die durch das Kapital ausreichend konzentriert waren, wurden durch die Staatsverwaltung inkorporiert bzw. nationalisiert, so die Lenin-Interpretation der GIK. Ab 1917 erfolgte eine Verstaatlichung großer, „reifer“ Betriebe; eine Enteignung von oben. Die zentrale Verwaltung schloss diese dann in Trusts zusammen, womit sie Marx revidiert hätten, für den nur die Gesellschaft als Ganzes „reif“ sein kann. In jedem Fall resultierte aus dieser Sozialisierungstheorie eine organisierte Beherrschung der Lohnarbeiter. Das Vorhaben, Lohnarbeit aufzuheben, war unter diesen Umständen zum Scheitern verurteilt und verkehrte sogar in sein Gegenteil. So hält die GIK fest, dass die Bolschewiki bis 1921 eine Distribution von Produktionsmitteln und Konsumgütern „in natura“ zum Ziel hatten. Dafür druckten sie Unmengen an Papiergeld, sodass es zu einer künstlichen Inflation des Rubels kam. Aufgrund des Wertverlustes waren die Menschen gezwungen, ihre Güter gegeneinander zu tauschen, was Marx in „Das Kapital“ den „einfachen Warentausch“ nennt. Per zentral gesteuerter Produktions- und Verbrauchsstatistik durch obersten Volkswirtschaftsrat in Kilogramm, Meter etc. sollte die Gütersumme für jeden Menschen berechnet werden. Es fehlte auf ganzer Linie eine zeitliche Recheneinheit der Arbeit, weshalb man sich entschied, das Inflationsmodell zu verwerfen und den Rubel wieder zu stabilisieren. So kippte 1921 der Staatssozialismus in den Augen der GIK in einen Staatskapitalismus, der erneut auf dem kapitalistischen Wertgesetz bzw. der Lohnarbeit basierte und durch die Kommandoarbeit zu einer Entrechtung der Arbeiter führte (vgl. Lueer, 2020, S.30 ff.).

#### 4.3 Wirtschaftsmodell: Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung

Der „Gruppe Internationale Kommunisten“ ist es zu verdanken, dass sie mit ihrem erstmals 1930 erschienenen Werk „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“ einen recht detaillierten Entwurf für das angestrebte Wirtschaftsmodell einer „Assoziation freier und gleicher Produzenten“ unter der Macht der Arbeiterräte und Betriebsorganisationen lieferte, den es für sie praktisch im revolutionären Kampf zu verwirklichen galt.

Der GIK schwebt allgemein eine Diktatur des Proletariats mit dem Ziel des Kommunismus vor. Damit die Arbeiter sich emanzipieren und eine Selbstregierung aufbauen können, muss die objektive Beherrschung und Ausbeutung durch den Lohn überwunden werden. Diese Lohnsklaverei, wie sie es nennen, löst sich auf, sobald das Verfügungsrecht des Kapitalisten über die Produktionsmittel und Arbeitsprodukte den Arbeitern zufällt. Es reicht der GIK nicht, Produktionsmittel zu kollektivieren, sondern zur langfristigen Abschaffung der Lohnarbeit neue Rechtsverhältnisse zu schaffen, die die Trennung zwischen Produzenten und Produkt beenden. Dies kann nur auf Grundlage allgemein geltender, ökonomischer Regeln passieren, die die Freiheit der Produzenten und gleiche Produktionsbedingungen für alle sichern. Folgerichtig sind die Betriebsorganisationen im Kommunismus als gleichwertige Teile eines gesamten Produktions- und Verteilungsprozesses zu verstehen. Da es kein Privateigentum mehr gibt, ist der Transfer produzierter Güter zwischen den Betrieben oder zum Konsum auch kein Tausch im kapitalistischen Sinne, der auf dem (Tausch-)Wert beruht. Vielmehr ist von einer gesellschaftlichen Übertragung die Rede; eine Begriffsumwandlung, welche auf die zwar formale Ähnlichkeit zu kapitalistischen Bewegungen, jedoch mit wesentlich verändertem Inhalt hinweist. Gleiches gilt für den Wert: Wie im Kapitalismus regelt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit den Güterverkehr, allerdings bekommt diese Produktionszeit durch Veränderung der sozialen Eigentumsverhältnisse eine neue Bedeutung. Anstelle unbewusst wirkender Gesetze auf dem Markt wird alles über gesellschaftliche Buchführung auf Basis gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit bewusst registriert und reguliert (vgl. Lueer, 2020, S.20 ff.).

So ist in diesem Modell jeder Betrieb angehalten, die Arbeitszeit seiner Produkte zu bestimmen. Diese berechnet sich aus der Summe der „festen“ Produktionsmittel wie Maschinen und Gebäude ( $p$ ), den zirkulierenden Produktionsmitteln wie Rohstoffe und Verbrauchsteile ( $r$ ) und der direkt verbrauchten menschlichen Arbeit ( $a$ ). Daraus ergibt sich die Produktionsgleichung  $p + r + a = \text{Produkt}$ . Da Produktion immer Ressourcen verbraucht, die in der neuen Produktionsperiode wieder benötigt werden, lässt sich über diese Formel auch die Reproduktion kalkulieren. In dem Fall haben die Arbeiter durch eine öffentliche Buchführung direkte Einsicht in die aufgewandte Arbeitszeit aller Betriebe und können dadurch für jede Branche, z.B. der Schuhindustrie, einen gesellschaftlichen Durchschnitt bilden. Wenn die Arbeiter sich selbst regieren sollen, ist die Arbeitszeitrechnung und horizontale-buchhalterische Verbindung der Betriebe unerlässlich. Ist die Arbeitszeitrechnung etablierte gesellschaftliche Praxis geworden, so ist nach der GIK auch eine planmäßige Produktion und Reproduktion garantiert. Über- oder unterproduktive Betriebe können so an den Durchschnitt angepasst werden. Auch die Sphäre des Konsums wird im Kommunismus nach neuen Prinzipien organisiert. Die Aufhebung der Lohnarbeit wird logischerweise den Lohn beseitigen. Alternativ wird durch die Festlegung der Arbeitszeit als Maß auch der Konsum geplant. Die Arbeiter erhalten statt Geld Arbeitszertifikate, die angeben, wie viele Arbeitsstunden diese der Gesellschaft gegeben haben. Sie vermitteln nach selbem Maß die „Weitergabe“ von geleisteter Arbeit gegen andere geleistete Arbeit aus den gesellschaftlichen Vorräten. Die Arbeit jedes Menschen bestimmt also den zum Konsum bereit gestellten Anteil an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit von Gütern. Die GIK räumt ein, dass dieser Maßstab trotz des für alle gleich geltenden Rechts eine ungerechte Seite hat, da sie die individuellen Unterschiede der Menschen ignoriert, die z.B. nicht arbeiten können, wobei eine Art Reservefonds dem Dilemma Abhilfe leisten könnte. Geht es um gesellschaftlich lebenswichtige Arbeiten, die als Dienstleistung nicht dem produktiven, sondern öffentlichen Sektor angehören fällt der Maßstab weg. Bildung, Gesundheitswesen, kulturelle Angebote o.ä. sollen kostenlos nach Bedürfnissen in den Konsum übergehen, ohne die geleistete Arbeitszeit zu berücksichtigen. Öffentliche bzw. „Betriebe der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit“ funktionieren nach dem Prinzip „Nehmen nach Bedarf“ (vgl. ebd.).



Weil der öffentliche Sektor ebenfalls Materialien verbraucht, aber die gesellschaftlichen Bestände nicht mit stofflichen Gütern ergänzt, also sich nicht produktiv reproduzieren kann, müssen die produktiven Betriebe einen Teil ihrer Produktion diesem zukommen lassen und mit Rohstoffen und Produktionsmitteln versorgen. Ihren geplanten Arbeitsaufwand für den Verlauf des Jahres stellen sie wie die Produktivbetriebe über die Formel  $p + r + a = \text{Arbeitsbudget}$  im Voraus fest. Die Arbeiter müssen dann ihren Teil des Erlöses an diese Dienste abtreten, indem die „sozialen Kosten“ von ihrem Verbrauchsgeld abgezogen werden. Mithin kommt in der Formel der Faktor der lebendigen Arbeit  $a$  für die sozialen Kosten auf. Angenommen, die produktiven Betriebe bilanzieren 1.300 Millionen Arbeitsstunden, wovon 600 Millionen aus lebendiger Arbeit  $a$  bestanden, und die öffentlichen Betriebe an Produktionsmitteln und Rohstoffen 58 Millionen Dienstleistungsstunden zu erneuern haben, dann werden diese 58 Stunden von den 600 subtrahiert. Es verbleiben 542 Millionen Stunden an den Produkten, die zum individuellen Verbrauch zu Verfügung stehen. Kommen die Arbeiter insgesamt im produktiven Sektor auf 600 Millionen Stunden und die Arbeiter im öffentlichen auf 50 Millionen Stunden, dann muss die Gesamtmenge gesellschaftlicher Arbeit von 650 Millionen Stunden durch die 542 Millionen Stunden konsumierbarer Produkte geteilt werden. Daraus ergibt sich der „Faktor des individuellen Konsums“, der in diesem Fall bei  $650:542 = 0,83$  liegt. Hat ein Arbeiter in einer Woche 40 Stunden gearbeitet, wird der Auszahlungsfaktor mit diesen multipliziert, sodass  $0,83 \times 40 = 33,2$  Arbeitsstunden an Verbrauchsgeld für den Konsum bereitstehen. Man könnte also sagen, dass der Arbeitszeitmaßstab von Konsumgütern gegenüber geleisteter Arbeit bei  $1:0,83$  liegt. Kann oder muss ein Betrieb seine Produktion erweitern und mehr Arbeit akkumulieren, um die Bedürfnispolitik aufrecht zu erhalten, geht dies tendenziell zulasten des Konsumertrages. Jedoch erfolgt keine Betriebserweiterung willkürlich, sondern wird vom Generalkongress der Betriebsräte im Produktionsplan standardisiert. In jedem Fall haben die Betriebe zur Deckung des Bedarfes das Recht, sich auszuweiten. All das ist möglich aufgrund der öffentlichen Buchführung der Betriebe, die ihre Daten einem zentralen Giroamt transparent machen und die Arbeiter den ganzen Prozess von Produktion bis Konsumtion selbst leiten können. In dieser Form verläuft das „Nehmen nach Bedarf“ in festen Bahnen; der Auszahlungsfaktor für den individuellen Konsum wird aber nach Prognose der GIK kleiner je mehr sich der Kommunismus entwickelt, denn die Bedürfnisse der Arbeiter

sind der Motor und die Richtlinie einer kommunistischen Produktion und Verteilung (vgl. ebd.).

## 5. Fazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Ziel dieser Arbeit war es, herauszufinden, ob die Modelle Öcalans, verwirklicht in dem Projekt Rojava, eine Renaissance rätekommunistischer Theorie darstellen. Nun ist ein direkter Vergleich schon dadurch erschwert, da es sich um zwei Strömungen handelt, die unter grundlegend verschiedenen Bedingungen, Zeiten und Orten gewirkt haben oder fortwährend wirken. Dennoch möchte ich den Versuch wagen, einige Parallelen und Differenzen ausfindig zu machen.

Der äußerst heterogene Rätekommunismus hatte seine Anfänge im späten 19. und erstreckte sich bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein. Diese Epoche ist gekennzeichnet durch vielerlei Turbulenzen auf dem europäischen Kontinent im Zuge des sich zuspitzenden Kapitalismus imperialistischer Stufe. Als der linke Flügel der Sozialdemokratie und späteren kommunistischen Bewegung blickte der historische Rätekommunismus auf zahlreiche sozio-ökonomische Krisen, Massenstreiks und sogar zwei Weltkriege. Die erwähnten Arbeiter- und Soldatenräte wie auch spätere Revolutionsversuche spielten für die Rätekommunisten eine äußerst wichtige Rolle in ihrer Vorstellung vom Weg zum Sozialismus. Allerdings ist zu konstatieren, dass die Rätekommunisten an der Entwicklung dieser Ereignisse selbst nur einen sehr geringfügigen theoretischen wie praktischen Anteil hatten. Die von Öcalan inspirierten Kräfte in Rojava hingegen hatten es auf gewisse Weise leichter. Im Taumel des Bürgerkrieges gelang es den kurdischen Einheiten, das entstandene Machtvakuum des Baath-Regimes auszunutzen, wichtige Zentren bzw. Infrastruktur einzunehmen und bis zum heutigen Tage größtenteils zu halten. Die Jahrzehnte lange Verankerung der PKK in der Region hatte es erleichtert, entsprechende Strukturen aufzubauen, sodass Öcalans Theorien bewusst in Praxis umschlagen konnten, jedoch standen die Rätekommunisten historisch vor einem wesentlich fundamentaleren Scheidepunkt, wenn man sich vorstellen mag, was es für Auswirkungen globaler Tragweite gehabt hätte, wären die proletarischen Revolutionen in den Industriezentren Mitteleuropas geglückt. Vor diesem Hintergrund ist die Revolution in Rojava stark regional auf ein weitgehend agrarisch ausgezehrtes, industriell schwaches Wüstenland begrenzt.

Der Rätekommunismus verstand sich überwiegend in der Tradition des Marxismus und distinguierte sich vom Anarchismus bzw. Libertär-Sozialismus. Die marxistische Theorie stellte die Grundlage ihrer Analysen und Urteile dar. Öcalan und die PKK hatten ursprünglich auch ein Verhältnis zu Marx, jedoch in der Ausrichtung des Marxismus-Leninismus, also einer „Weiterentwicklung“ Marxens, die unter Stalin ab 1924 Staatsdoktrin der Sowjetunion und Ideologie der kommunistischen Parteien wurde. Im Laufe der Zeit und spätestens während Haftaufenthalts wandte er sich vom Marxismus-Leninismus ab und studierte vornehmlich antiautoritäre, anthropologische Literatur etc. Stellenweise redet er in seinen Texten zwar noch von Sozialismus, doch nehmen radikal-demokratische Tendenzen weitaus mehr Raum ein, wie es allein an den Begriffen „Demokratische Autonomie“, „Demokratischer Konföderalismus“ usw. erkennbar ist. Bei den Rätekommunisten ist es genau andersherum: Die Erfüllung der substantziellen Demokratie ist nur in der Diktatur des Proletariats möglich, und wird zu einer gesellschaftlichen Lebensweise erst im Kommunismus. Die Erfüllung der Demokratie ist nach dieser Logik an ihre Aufhebung gebunden.

Obwohl die theoretischen Quellen und Kategorien dahingehend sich unterscheiden, zeigen die Gesellschaftsmodelle beider Seiten gewisse Ähnlichkeiten auf: Beide attestieren dem Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft eine allgemeine Krise, die eine Alternative durch Veränderung der Gesellschaft erforderlich macht. Was am Ende durch eine Revolution erzielt werden soll, ist eine Art Rätegesellschaft, die von unten nach oben organisiert und auf entsprechenden Ebenen von abwählbaren Delegierten koordiniert werden soll. Während aber bei Öcalan eine eher anarchistische Vorstellung der Räte oder „Konföderationen“ besteht, die sich autonom zu einem multikulturellen melting pot zusammenschließen und präfigurativ alle staatlichen Institutionen überflüssig machen sollen, sind bei den Rätekommunisten die Arbeiter- und Soldatenräte ein Ausdruck der Diktatur des Proletariats und damit ein Werkzeug zur Niederhaltung der Konterrevolution, die eine neue Herrschaft der bourgeoisen Klasse über die proletarische ermöglicht. Demnach geht es Öcalan um eine tendenziell defensive, ersetzende Taktik, während die Rätekommunisten in den Arbeitern die Aufgabe erkennen, die Macht selbstständig und aus eigener Kraft an sich zu reißen. Dieser Sachverhalt zeigt eine Differenz beider hinsichtlich des „revolutionären Subjektes“

auf: Öcalan ist weniger sozio-ökonomisch als viel mehr anthropologisch in seinen Einschätzungen, wer die Transformation der Gesellschaft herbeiführen sollen. Meistens adressiert er die Kurden im Nahen und Mittleren Osten, legt sich aber nicht auf diese fest aufgrund der ethnischen Diversität in diesem Raum. Dagegen sind die Rätekommunisten klar marxistisch und stellen das Proletariat in den Vordergrund als Träger der Revolution. So oder so: Beiden Theorien liegt eine antietatistische und antiautoritäre Haltung zugrunde. Der Staat wird als Herrschaftsapparat identifiziert, der Profitinteressen über das Wohl und die Selbstbestimmung der Menschen stellt. Da aber auch Gewerkschaften und Parteien an den Staat gekoppelt sind, lehnen die Rätekommunisten sie als reformerische Werkzeuge kategorisch ab, wohingegen bei Öcalan die Teilnahme an einem Parlament als Doppelstruktur nicht ausgeschlossen ist. Die Rolle von Gewerkschaften und der Partei blieb bei der Recherche relativ offen und bedarf weiterer Vertiefung. Aus seinen Schriften geht es gleichwohl klar hervor, dass er keine politische Machtergreifung des Staates anstrebt und so Staatsgrenzen nicht offensiv angetastet sehen möchte.

Darüber hinaus sind Öcalans Ideen angefüllt mit verhältnismäßig jüngeren Standpunkten wie Feminismus und sozialer Ökologie, die für die Rätekommunisten so noch keine explizite Rolle spielten. Dieser Umstand ist höchstwahrscheinlich der Zeit geschuldet, in denen diese Gedanken jeweils ausformuliert wurden. Bei den Rätekommunisten lässt sich bis in die 30er Jahre, wie auch bei allen anderen kommunistischen Strömungen, mutmaßen, dass sie die Geschlechterungleichheit und ökologische Krisen als Symptome ein und desselben Hauptproblems Kapitalismus einschätzen würden. Zumindest wurde der Kampf um Sozialismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert als Aufhebung aller Widersprüche gedacht, die der Kapitalismus immanent erzeugt. Öcalan wuchs aber in der zweiten Hälfte auf und erlebte die 68er-Studentenbewegung, die diesen Themen separat weitaus mehr Gewicht verlieh, was bis heute noch nachwirkt.

Gewisse Kongruenz existiert dann aber wieder bei der Kritik an der Sowjetunion und dem „realexistierenden Sozialismus“. Beide Seiten stimmen darin überein, dass die Bolschewisten in Russland den Kapitalismus und das Lohnarbeitssystem nicht zu überwinden vermochten. Ihre Politik sei mehr als defizitär gewesen. Die Rätekommunisten gingen so weit, in den Bolschewiki eine Kommando-Diktatur über

die Arbeiterklasse zu erkennen. In eine ähnliche Richtung argumentiert Öcalan, wenn er unterstellt, dass Lenin und die bolschewistische Partei bloß an die Macht kommen wollten.

In Bezug auf die ökonomische Sphäre sind ebenfalls Überschneidungspunkte zu erkennen. Abgesehen vom starken Arbeiter-Fokus der Rätekommunisten, herrscht bei beiden eine Idee von Räten oder Kooperativen als planmäßiger Organisationsform der Wirtschaft. Diese sollen selbstverwaltend in Kommunen bzw. Betrieben organisiert sein. Wesentlich ist, dass beide wegkommen wollen vom Profitzwang hin zu einer Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen. Auf dieser Basis fußend soll ein zentraler Produktionsplan entwickelt werden. Die „Gruppe Internationale Kommunisten“ spezifiziert diesbezüglich in ihren Grundprinzipien den Weg der Produktion bis zur Konsumtion in der Formel  $p + r + a$  und setzt damit die Arbeitszeit in das Zentrum rätekommunistischer Wirtschaft, da erst mit der Arbeitszeitrechnung die Lohnarbeit aufgehoben werden könne. Diese profunden, rechnerischen Details sind bei Öcalan nicht zu finden.

Mit diesen Erkenntnissen komme ich im Großen und Ganzen zu einer bejahenden Antwort auf die vorangestellte Forschungsfrage, wenngleich unter partiellen Einschränkungen. Öcalans Theorie und die in Rojava erprobte Revolution sprechen insofern dafür, eine Fortsetzung des Rätekommunismus zu sein, als tatsächlich Räte das gesellschaftlich-wirtschaftliche Fundament bilden. Bei beiden steht die Regierung der Mehrheit der Gesellschaft über sich selbst im Zentrum ihrer Utopie. En Detail unterscheiden sich ihre Begründungen und präferierten Taktiken zur Erfüllung dessen; mal sind sie mehr marxistisch, mal mehr anarchistisch konnotiert. Im Endeffekt zielen sie aber auf die Überwindung des Kapitalismus ab und verfolgen eine antiautoritäre Linie entgegen einer vermeintlich bolschewistischen Gangart. Ich komme damit zur Schlussfolgerung, dass Öcalan wie auch die Rätekommunisten in einen linksradikalen Kosmos einzuordnen sind. Wenn nicht bewusst, so hat Öcalan in seinen Gefängnisschriften unbewusst einige Grundannahmen des Rätekommunismus unter veränderten, aktuelleren Umständen reproduziert und versucht, diese theoretisch auf den Nahen und Mittleren Osten anzuwenden.

Öcalans Theorien halte ich nicht für eine direkte Kopie, vielmehr für eine schemenhafte Erinnerung an den Rätekommunismus nach seinem historischen

Untergang bzw. Versiegen im akademisch-universitären Kontext. Mit dem Aufstieg Rojavas schöpft die politische Linke neue Hoffnungen. Mir stellt sich jedoch die Frage, inwiefern dieses Projekt vielversprechend für ein revolutionäres Begehren ist, wenn es doch so regional begrenzt ist, nicht im Ansatz auf dem gesellschaftlichen Potential aufbauen kann, wie es die Rätekommunisten es konnten, und vor keinen vergleichbaren Wendepunkten globalen Ausmaßes wie 1917/1918 stehen.

## Abkürzungsverzeichnis

AAU: (Allgemeine Arbeiterunion) Rätekommunistische Organisation der 1920er Jahre, die mithilfe von in Ortsgruppen vernetzten Betriebsorganisationen eine Arbeiterunion errichten wollte.

GIK: (Gruppe Internationale Kommunisten) Relativ einflussreiche rätekommunistische Organisation der 1920er/1930er Jahre. Vor allem in Deutschland und Holland aktiv.

IKD: (Internationale Kommunisten Deutschlands) Linksradikale Organisation, zunächst Teil des Spartakusbundes, später am Aufbau der KPD beteiligt.

KAPD: (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) 1920 gegründete, antiparlamentarische Abspaltung von der KPD.

KPD(S): (Kommunistische Partei Deutschlands(Spartakusbund)) Am 1. Januar 1918 aus dem Spartakusbund hervorgegangener Zusammenschluss verschiedener linksradikaler Organisationen.

PKK: (Partiya Karkeren Kurdistan, Arbeiterpartei Kurdistans) 1978 unter anderem von Abdullah Öcalan gegründete Guerillaorganisation mit dem anfänglichen Ziel der Errichtung eines souveränen, sozialistischen Kurdistans, was später von Öcalan durch radikaldemokratische Ansätze ersetzt wurde.

Spartakusbund: 1918 aus der linken Fraktion innerhalb der USPD gegründete parteiunabhängige Vereinigung mit dem Ziel der Errichtung einer deutschlandweiten Räterepublik.

USPD: (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) Pazifistische Partei, die sich während des ersten Weltkrieges 1916 von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) abspaltete.

YPG: (Yekîneyên Parastina Gel, Volksverteidigungseinheiten) 2011 aufgestellte, geschlechtlich gemischte Miliz zur Selbstverteidigung der demokratischen Föderation Nord- und Ostsyriens und ihrer Außengrenzen.

YPJ: (Yekîneyên Parastina Jin, Frauenverteidigungseinheiten) 2012 formierter Frauenkampfverband, welcher der YPG angehört.



## Literaturverzeichnis

Arnold, Volker (1985): *Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution – Die Räte als Organisationsformen des Kampfes und der Selbstbestimmung*, Hamburg: Ed. SOAK im Junius-Verl.

Bock, Hans Manfred (1993): *Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923 – Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Bookchin, Murray; Make Rojava Green Again/ Studierenden aus Kurdistan YXK und JXK (Hrsg.) (2019): *Was ist soziale Ökologie?*, In: *Soziale Ökologie & Demokratischer Konföderalismus*.

Danyluk, Roman (2012): *Befreiung und soziale Emanzipation - Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus*, 1. verb. Aufl., Lich: Verlag Edition AV.

Flach, Anja; Ayboğa, Ercan; Knapp, Michael (2015): *Revolution in Rojava. Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo*, 2. verb. Aufl., Hamburg: VSA-Verlag (Tatort Kurdistan).

Gruppe Internationale Kommunisten (Holland); Lueer, Hermann (Hrsg.) (2020): *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*, Hamburg: Red & Black Books.

Internationalistische Kommune; Black Mosquito (Hrsg.) (2018): *Make Rojava Green Again*, 1. verb. Aufl., Neuss: Mezopotamien Verlag.

Klopotek, Felix (2021): *Rätekommunismus – Geschichte – Theorie*, 1. verb. Aufl., Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschland (2003): *Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Mai 1920)*, Online: <https://www.marxists.org/deutsch/geschichte/deutsch/kapd/1920/programm.htm>, zuletzt abgerufen am: 01.07.2023.

Öcalan, Abdullah; Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ (Hrsg.) (2018): *Demokratische Nation*, 1. verb. Aufl., Neuss: Mezopotamien Verlag.

Öcalan, Abdullah; Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ (Hrsg.) (2018): *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*, 3. verb. Aufl., Neuss: Mezopotamien Verlag.

Öcalan, Abdullah; Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ (Hrsg.) (2019): *Befreiung des Lebens: Die Revolution der Frau*, 4. verb. Aufl., Neuss: Mezopotamien Verlag.

Öcalan, Abdullah; Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“ (Hrsg.) (2019): *Demokratischer Konföderalismus*, 7. verb. Aufl., Neuss: Mezopotamien Verlag.

Öcalan, Abdullah; Make Rojava Green Again/ Studierenden aus Kurdistan YXK und JXK (Hrsg.) (2019): *Ökologische Industrie*, In: Soziale Ökologie & Demokratischer Konföderalismus.

Pannekoek, Anton (1991): *Lenin als Philosoph*, In: Marxistischer Antileninismus, Freiburg: Ça ira Verlag.

Perspektive Rojava/ Solidaritätskomitee Münster (Hrsg.) (2018): *Rojava kennen und lieben lernen – Ein politischer Landesführer*.

Schumann, Christoph; Jud, Andrea; Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2013): *Staatliche Ordnung und politische Identitäten in Syrien*, Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/155121/staatliche-ordnung-und-politische-identitaeten-in-syrien/>, abgerufen am: 12.06.2023.

Wallat, Hendrik (2012): *Staat oder Revolution – Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik*, 1. verb. Aufl., Münster: edition assemblage.

Zinar, Heval; Internationalistische Kommune in Rojava/ Union Coop Föderation Deutschland (Hrsg.) (2021): *Revolution und Kooperativen – Gedanken über meine Zeit beim Ökonomie-Komitee in Rojava*.

## Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit mit dem Titel „Öcalan und Rojava – Eine Renaissance des Rätekommunismus? – Zwei Theorien im Vergleich“ eigenständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Textpassagen, die wörtlich oder dem Sinn nach auf Publikationen oder Vorträgen anderer Autoren beruhen, sind also solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Leipzig, 03.08.2023

---

Ort, Datum

---

Name (Unterschrift)